

Professor Dr. Theodor Ebert
Erster Vorsitzender des Bundes für Geistesfreiheit Erlangen
Schobertweg 41
91056 Erlangen

Erlangen, den 08. August 2011

An die
Generalsekretärin der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Frau Andrea Nahles
Willy-Brandt-Haus
Wilhelmstraße 141
10963 Berlin

Betr.: Offener Brief des BfG Erlangen an den Parteivorstand der SPD
Bez.: Ihr Schreiben vom 07. Juli 2011

Sehr geehrte Frau Nahles,

Ihre Antwort auf unseren Offenen Brief an den Parteivorstand haben wir erhalten. Aus Ihrem Schreiben geht leider nicht hervor, ob unser Brief den Mitgliedern des Parteivorstandes der SPD zur Kenntnis gebracht worden ist. Wir würden es außerordentlich befremdlich finden, wenn er an die Mitglieder des Gremiums, an das er gerichtet war, nicht weitergegeben worden sein sollte. Bei unserem Brief handelt es sich nicht, wie Sie schreiben, um ein "Schreiben an den Parteivorsitzenden", sondern um ein Schreiben, an den "Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, z. Hdn. des Vorsitzenden Herrn Sigmar Gabriel". Wir sind davon ausgegangen, dass Herr Gabriel dieses Schreiben den Mitgliedern des Parteivorstandes zur Kenntnis bringt. Wir wären daher dankbar für eine Mitteilung, ob das geschehen ist.

Daher ist uns auch nicht klar, ob Sie für Ihre Antwort auf unseren Offenen Brief einen Auftrag dieses Gremiums hatten. Es wäre der Klarheit dienlich gewesen, wenn Sie das in dem Schreiben, mit dem Sie, wie Sie schreiben, "zuständigkeitshalber" auf unseren Brief antworten, deutlich gemacht hätten.

Der Vorstand des Bundes für Geistesfreiheit Erlangen, dem ich Ihr Schreiben zur Kenntnis gegeben habe, hat mich beauftragt, Ihnen dazu unsere Antwort mitzuteilen.

Was Ihre Ausführungen zur Sache angeht, so konnten wir gegenüber den Argumenten, die auch in dem Artikel auf FAZnet (12. 05. 2011) zu lesen waren, nicht Neues entdecken. Wir haben allerdings mit gewissem Befremden festgestellt, dass Ihr Sprachgebrauch mit seiner Unterscheidung von Kirchen und Religionsgemeinschaften einer von den beiden Großkirchen betriebenen Differenzierung folgt, für die sich im Grundgesetz kein Ansatz findet: unsere Verfassung kennt nur Religionsgesellschaften und zählt darunter selbstredend auch die Kirchen.

Was Ihre Argumente im einzelnen angeht, so ist uns nach wie vor nicht deutlich, warum ein Arbeitskreis, der sich für ein in unserer Verfassung verankertes Prinzip, das der Trennung von Staat und Religionsgesellschaften, einsetzt, damit für Forderungen werben soll, die im Widerspruch zum Grundsatzprogramm der SPD stehen. Das Grundsatzprogramm der SPD dürfte doch kaum im Widerspruch zum Grundgesetz stehen, oder?

Sie behaupten, "die Gruppe, die sich am 16. Oktober in Berlin zusammengeschlossen hat, hat es sich zum Ziel gesetzt, eine strikte Trennung nicht nur von Staat, Kirchen und Religionsgemeinschaften, sondern von Staat und Religion insgesamt durchzusetzen." Es hätte wohl der Klarheit gedient, wenn Sie geschrieben hätten 'von Staat einerseits und

Kirchen und Religionsgesellschaften andererseits'. Sie wollten doch sicher den Genossen nicht unterstellen, dass sie die Religionsgesellschaften von den Kirchen trennen wollen. Und was eine Trennung von Staat und Religion anderes bezwecken kann als die klare institutionelle Trennung von Staat und Religionsgesellschaften, ist uns nicht deutlich.

Es mag ja sein, dass die SPD christliche Wurzeln hat, schließlich lässt sich ja aus der Bibel bei passender Interpretation der Gedanke einer Solidarität mit den Schwachen und Unterdrückten gewinnen. Aber dass die sozialen Errungenschaften, welche von der Sozialdemokratie erkämpft worden sind, als da sind das allgemeine Wahlrecht, das Wahlrecht auch für Frauen, die Durchsetzung einer republikanischen Staatsverfassung, gegen den Widerstand der Großkirchen durchgesetzt werden mussten, wird doch auch Ihnen noch vor Augen stehen. Auch möchten wir Sie daran erinnern, dass die Kirchen sich mit allen faschistischen Regimen des letzten Jahrhunderts außerordentlich gut verstanden haben. Als Sozialdemokraten von den Nazis verfolgt wurden, hat es dagegen jedenfalls keinen Protest von Seiten der Kirchen gegeben. Und für keinen der sozialen Fortschritte in der Neuzeit haben sich die Großkirchen eingesetzt: nicht für die Abschaffung der Folter, nicht für die Emanzipation der Juden, nicht für Toleranz anderen Religionen gegenüber, nicht für die Abschaffung der Todesstrafe oder die Abschaffung der Sklaverei.

Wenn die heutige SPD die Kirchen als "Partner auf dem Weg zu einer humanen, zukunftsfähigen Gesellschaft" ansieht, so möchten wir doch darauf hinweisen, dass die Gesellschaft, die etwa Ihr Partner katholische Kirche anstrebt, uns nicht besonders human vorkommt: da wäre die Ehescheidung ebenso verboten wie die Benutzung künstlicher Mittel zur Empfängnisverhütung, und dass Schwule und Lesben da nichts zu lachen hätten, müssen wir Ihnen nicht erst auseinander setzen.

Dass, wie Sie schreiben, der christliche Arbeitskreis der SPD damit befasst sein soll, sozialdemokratische Positionen in christliche Religionsgesellschaften hineinzutragen, finden wir erstaunlich. Bislang drängte sich uns eher der Eindruck auf, dass die Personen, die in diesen Arbeitskreisen aktiv sind, umgekehrt die Positionen der Kirchen in Partei und Parlamente tragen. Die Rolle, die Sie und Ihre christlichen Freunde vor kurzem bei der Diskussion um die PID gespielt haben, hat uns in dieser Ansicht bestärkt.

Bei den Wahlempfehlungen, die unsere Vereinigung für die Wahlen zum Bundestag und zum bayerischen Landtag an unsere Mitglieder und Anhänger herausgibt, werden wir in Betracht ziehen, wie sich die Parteiführung der SPD in der Frage der Zulassung des AK Laizisten in der SPD weiterhin verhält.

Mit freundlichen Grüßen

Für den Vorstand des Bund für Geistesfreiheit Erlangen

Professor Dr. Theodor Ebert
Erster Vorsitzender